

Zeit Zeichen

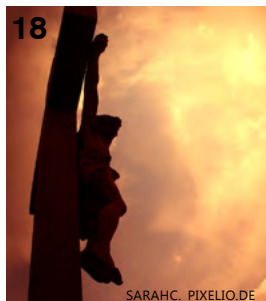
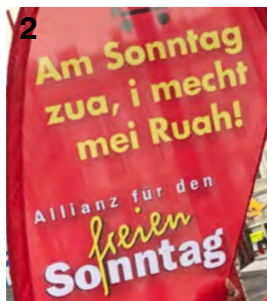
NUMMER 1 | MÄRZ 2019 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 64. Jahrgang | 4 Euro | Jahresabo 17 €

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und
Wien

Klima.Steuern

Wie mit einer öko-sozialen Steuerreform
die gesamte Gesellschaft
gewinnen kann

FOTO: VERSONNEN_PIXELIO.DE



Dranbleiben. Anna Wall-Strasser
neue Bundesvorsitzende der KABÖ
Seite 4–7

Systembruch bei Sonn- und Feiertagsruhe.
Neues Arbeitsruhegesetz: Weg frei für „freiwillige“
Sonntags- und Feiertagsarbeit **Seite 2–3**

Weniger schön. Ein Kommentar von Hannes Labner
zur Karfreitags-Regelung **Seite 19**

SARAH_C_PIXELIO.DE

Systembruch bei Sonntagsruhe

Neues Arbeitsruhegesetz macht Weg frei für „freiwillige“ Sonntags- und Feiertagsarbeit

Im Zuge der im Sommer 2018 viel diskutierten und umstrittenen Novelle des Arbeitszeitrechts ging in der öffentlichen Wahrnehmung beinahe unter, dass auch das „Arbeitsruhegesetz“ zugunsten der ArbeitgeberInnen „gelockert“ und „liberalisiert“ wurde. Bisher mussten gesetzlich determinierte Erforderlichkeiten vorliegen, um Wochenenddienste oder ausnahmsweise Arbeit an Feiertagen anordnen zu können. Seit 1.9.2018 können ArbeitgeberInnen aller Branchen ohne diese Gründe - unvermeidbare Tätigkeiten im Gesundheitsbereich, Verkehr, Infrastrukturdienste u.ä. - auf eine „Vereinbarung“ mit dem Betriebsrat oder sogar mit der/dem einzelnen ArbeitnehmerIn drängen.

VON: HANNES SCHNELLER, ABTEILUNG SOZIALPOLITIK DER ARBEITERKAMMER WIEN

Die im Juli 2018 beschlossene Änderung des Arbeitszeitrechts, mit der unter anderem die Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich erhöht wurde (12-Stunden-Tag-Gesetz), umfasste auch eine Änderung des Arbeitsruhegesetzes (§ 12b ARG). Letztere wurde in der öffentlichen Diskussion nur wenig zum Thema gemacht, bedeutet aber nichts weniger als einen Systembruch bei der Sonn- und Feiertagsruhe.

An bis zu vier Sonn- oder Feiertagen pro ArbeitnehmerIn und Jahr kann nun, seit dem 1.9.2018, ohne sachliche Beschränkung, ohne jeden Nachweis von unverschiebbarer Erforderlichkeit Arbeit angeordnet werden. Bisher musste eine der in Gesetz oder Verordnung festgelegten Ausnahmen von der allgemeinen Sonn- und Feiertagsruhe vorliegen, nun genügt eine Betriebsvereinbarung – bei der die „freie“ Unterschrift der unter Druck stehenden Betriebsratsvorsitzenden in Zeiten erhöhter Arbeitsplatzgefährdung mitunter hinterfragt werden kann – oder aber bloß die Unterschrift der einzelnen Arbeitnehmerin bzw. des einzelnen Arbeitnehmers. Wenn man weiß, dass in kleineren Betrieben nur sehr selten ein Betriebsrat besteht (oftmals deshalb, weil der Belegschaft seitens des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin oder des Managements davon „abgeraten“ wird), dann lässt sich jetzt schon absehen: In vielen betriebsratslosen Un-



Die KABÖ ist aktives Mitglied der „Allianz für den freien Sonntag“. Im Bild: Gabriele Kienesberger und Franz Georg Brantner, Sprecher der Sonntagsallianz FOTO: ADOLF HURNY

ternehmen, deren ArbeitnehmerInnen bisher uneingeschränkte synchrone Freizeit mit FreundInnen und Familie genießen konnten, wird künftig „freiwillig“ Sonntagsarbeit und Arbeit an Feiertagen zu leisten sein. Ausgenommen sind derzeit (noch?) Verkaufstätigkeiten nach dem Öffnungszeitengesetz (§ 12b Abs. 2 ARG).

Durcharbeiten geht jetzt

Weil nur an höchstens drei aufeinanderfolgenden Sonntagen, zusätzlich aber auch an einem damit in Verbindung stehenden Feiertag (z.B. Ostermontag, Pfingstmontag) Arbeit angewiesen und „vereinbart“ werden darf, kann jedeR UnternehmerIn nun fol-

gendermaßen vorgehen: Indem er/sie die Belegschaft in 13 bis 15 Teams einteilt, kann er/sie erreichen, dass in den Betrieben durchgängig auch an Sonn- und Feiertagen die Maschinen oder Dienstleistungen am Laufen bleiben. 13 mal vier zulässige Sonntagsarbeiten ergibt 52 Kalenderwochen, und mit zwei zusätzlichen „Feiertagsteams“ können zudem die ca. zehn Feiertage pro Jahr, die nicht auf einen Sonntag fallen, abgedeckt werden. Ein Wunsch der Industriellenvereinigung, aber auch einiger Fachorganisationen innerhalb der Wirtschaftskammer ist in Erfüllung gegangen.

Das in Abs. 3 des neuen Paragraphen verankerte Benachteiligungsverbot und „Freiwilligkeitsprinzip“ ist auch hier äußerst kritisch zu hinterfragen. Im Gegensatz zu jüngst bekannt gewordenen Verstößen im Rahmen der neuen 12-Stunden- bzw. 60-Wochen-Arbeitszeitgrenzen sind bei der Wochenarbeitsruhe nicht so viele „Zwangsvergatterungen“ im großen Stil bekannt geworden – noch nicht! Denn wer wagt es schon, im aufrechten Arbeitsverhältnis davon zu berichten, sich bei Gewerkschaft und AK darüber zu beklagen?

Druck auf's Individuum

Um diese Frage zu beantworten, ist es ratsam, sich das System der österreichischen Arbeitsrechtsordnung im Grundsatz anzusehen. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus Arbeitsvertragsrecht (Privatrecht, bürgerliches Recht) und öffentlichem Schutzrecht (Verwal-

tungsrecht, staatlich-hoheitliche Exekutive). Arbeitszeit- und Arbeitsruheregelungen sind öffentliches Schutzrecht und so gut wie nie der vertraglichen Gestaltung, der sogenannten „Privatautonomie“, zugänglich. Zumindest bis zum 1.9.2018 war das so. In mehr als 30 (!) Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs (OGH) wird betont:

„Der Dienstvertrag oder Arbeitsvertrag im Sinne des § 1151 ABGB ist vor allem durch die persönliche Abhängigkeit des Arbeitnehmers, also durch dessen Unterworfenheit unter die funktionelle Autorität des Arbeitgebers, gekennzeichnet, welche sich in organisatorischer Gebundenheit, insbesondere an Arbeitszeit, Arbeitsort und Kontrolle

äußert. Für den Arbeitsvertrag wesentlich ist daher eine weitgehende Ausschaltung der Bestimmungsfreiheit des Arbeitnehmers, welcher hinsichtlich Arbeitsort, Arbeitszeit und arbeitsbezogenes Verhalten dem Weisungsrecht des Arbeitgebers unterworfen ist, [...]“. Wie soll nun einE im laufenden Arbeitsverhältnis tätigeR ArbeitnehmerIn seinen bzw. ihren freien Willen durchsetzen, also „freiwillig“ zustimmen oder ablehnen können? Wie frei ist einE ArbeitnehmerIn, der bzw. die familiäre Sorgepflichten und Verantwortungen hat, dem bzw. der aber vom Vorgesetzten gesagt wird, dass „da draußen“ eine Menge Arbeitssuchende auf seinen bzw. ihren Arbeitsplatz geradezu

„warten“? Der OGH stellt fest, dass „[...] dem Arbeitnehmer bei der Vertragsgestaltung wenig Einflussmöglichkeiten zukommen und daher das Arbeitsrecht regelmäßig mit zwingenden oder einseitig zwingenden Regelungen an das tatsächliche Vorliegen dieser Umstände anknüpft“ (OGH 8.8.2002, 8 ObA 277/01w).

Nur generell-abstrakte und nicht verhandelbare Rechtsnormen auf Bundes-, Landes- oder Branchenebene können ArbeitnehmerInnen vor Druckausübung durch ihreN ArbeitgeberIn schützen. Dieses System wurde nun durch die AZG- und ARG-Novelle 2018 massiv aus dem Gleichgewicht gebracht, vielleicht sogar zerstört.

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. FOTO: P. SCHREIBER



„Klima.Steuern“ – auch die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich bekennt sich in ihrem Grundsatprogramm zur Nachhaltigkeit, und gemeinsam mit der Katholischen Aktion Österreich macht sie sich stark für eine öko-soziale Steuerreform. Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher von GLOBAL 2000, argumentiert mögliche Konzepte und fordert eine breite gesellschaftliche Debatte (S. 12 – 14). Seitens der Regierung wird derweil Ablehnung signalisiert, es ist zu befürchten, dass die kommende Steuerreform in erster Linie dazu dienen wird, Wohlhabende noch mehr zu begünstigen. Demgegenüber stehen Maßnahmen der Regierung, die Bedürftige und wenig Verdienende weiter einengen, Ungleichheit vorantreiben statt bekämpfen – etwa die Umwandlung der „Mindestsicherung“ in eine „Sozialhilfe“, die Vorgabe eines maximalen Stundenlohns von 1,50 Euro bei AsylwerberInnen in gemeinnützigen Jobs, die Aufweichung kollektivvertraglicher Regelungen. Das seit September vorigen Jahres geltende neue Arbeitsruhegesetz hat eine „Liberalisierung“ insoweit erfahren, als nunmehr Sonn- und Feiertagsarbeit keinen gesetzlich determinierten Erfordernissen

mehr unterliegt, vielmehr der Verhandlung zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn bzw. Betriebsrat anheimgegeben ist – wie AK-Mitarbeiter Hannes Schneller darlegt (S. 2 – 3). Die Rolle einer KAB ist und bleibt klar: „Für Strukturen zu sorgen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen“ – so Anna Wall-Strasser, neue Bundesvorsitzende der KABÖ seit März dieses Jahres. Wall-Strassers Motivation für die neue Funktion kann auch als generelles Motto einer KAB angesichts aktueller Entwicklungen gelten: „Dranbleiben“. In einem Beitrag für dieses Heft (S. 4 – 7) schaut Wall-Strasser nicht nur auf ihren persönlichen beruflichen Werdegang in diversen Bereichen von Kirche und Arbeitswelt zurück, sie zeichnet auch ein Stück Geschichte dieser Arbeitsfelder nach und skizziert Perspektiven. Der bisherige Vorsitzende der KABÖ, Philipp Kuhlmann, nunmehr in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden, verabschiedet sich als regelmäßiger Kommentator und bekräftigt am Ende seines Kommentars (S. 8): Die KAB wird „weiterhin Stellung beziehen“.

Danke, Philipp. Willkommen, Anna.

Dranbleiben

Anna Wall-Strasser neue Bundesvorsitzende der KABÖ

Seit Mitte März ist es fix: Anna Wall-Strasser, Theologin mit knapp vier Jahrzehnten Erfahrung in Betriebsseelsorge und diversen Bereichen von „Kirche und Arbeitswelt“, ist die neue Bundesvorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. Zu den Stationen im Berufsleben von Anna Wall-Strasser gehörten u.a. die Leitung des „Betriebsseminars“ und zuletzt, der Betriebsseelsorge der Diözese Linz. Im November 2018 pensioniert, engagiert sie sich weiter ehrenamtlich, als Obfrau der bischöflichen Arbeitslosenstiftung B7 in Linz und nun auch in der KABÖ: „Es ist es wert, dranzubleiben, auf dem Fundament der Soziallehre und der Bibel Arbeitswelt mit zu gestalten und sich an der politischen Diskussion zu beteiligen. Das macht und kann die KAB. Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten.“ VON: ANNA WALL-STRASSER



ANNA WALL-STRASSER: „DIE KAB FÜHRT MENSCHEN ZUSAMMEN, DIE IN DER ARBEITSWELT STEHEN – IN ALLER VIELFALT UND UNTERSCHIEDLICHEN BETROFFENHEIT. SIE SIND EXPERTINNEN FÜR GUTE ARBEIT. AUFMERKSAM ZU SEHEN, KRITISCH ZU URTEILEN UND TATKRÄFTIG ZU HANDELN IST MIR PERSÖNLICH WICHTIG. UND ES WIRD IN DIESEM ENGAGEMENT AUCH HOFFENTLICH IMMER WIEDER ETWAS ZUM FEIERN GEBEN ...“

FOTO: BETRIEBSESELERGE LINZ

Arbeit ist eine wesentliche Säule individueller, persönlicher Identität“, so Anna Wall-Strasser anlässlich ihres Antritts als neue KAB-Bundesvorsitzende: „Sie ist der ‚Dreh- und Angelpunkt der sozialen Frage‘, wie es u.a. die päpstliche Enzyklika ‚Laborem exercens‘ festhält. Dennoch ist heutzutage die Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Arbeit‘ überhaupt nicht modern, sie wird geradezu vernachlässigt, auch in der Kirche. Dabei stehen riesige Herausforderungen an – fortschreitende Digitalisierung wird die Arbeitswelt in Europa massiv verändern.“ Für ZeitZeichen hat Anna Wall-Strasser auf ihre 36 Berufsjahre und maßgebliche Entwicklungen in Kirche und Arbeitswelt kritisch zurückgeblickt, ein Stück Geschichtsschreibung betrieben und gleichzeitig ein Selbstportrait gezeichnet, das ihr Fundament für die neue Aufgabe bei der KABÖ greifbar macht.

Im Folgenden ihr Beitrag:

Bügeln in der „Hosenbude“

„Meine Betriebsseelsorgetätigkeit begann ich im November 1982 als Büglerin in einer deutschen „Hosenbude“, so die Diktion der Frauen im Oberen Mühlviertel. Damals war klar dass eine, die wie ich nicht aus der Arbeitswelt sondern vom Theologiestudium kam, vor dem Einstieg in die Arbeiterpastoral erst mal ein Arbeitspraktikum zu absolvieren hatte. Wie klug. Ich tauchte ein in die Welt der Mädchen und Frauen, die 40 Stunden in der Woche in einem fixen Zeitkorsett an der Näh- oder Bügelmaschine saßen oder standen, um unter den Augen und Vorgaben von männlichen Vorarbeitern und Produktionsleitern im Akkord Damenhosen für den Katalogverkauf zu produzieren. Akkord hieß in meinem Fall damals 561 mal zwei Hosenbeine am Tag mit der Bügelpresse zu bearbeiten und falten- und knitterfrei weiter zu geben. Ich er-

lebte in diesen Wochen die ungeheure Kraft dieser Frauen, ihren Willen zur Lebensfreude, viel unkompliziertes Miteinander, auch Kämpfe und Streit, und ganz selbstverständlich gelebte Solidarität. In den 3 Jahren meiner Tätigkeit im Oberen Mühlviertel habe ich noch einiges mit ihnen erlebt – in Reflexionsrunden, bei Veranstaltungen, im Kaffeehaus oder in der Disco.

Vom Akkord zum Prekariat

Für keine der Frauen war diese Arbeit das, was sie „wirklich wirklich wollten“. Es war in dieser strukturschwachen Region am damaligen Eisernen Vorhang die einzige Möglichkeit zum Geldverdienen. Der Lohn war niedrig, ich verdiente für 40 Stunden Akkordarbeit so viel wie danach für 20 Stunden Pastoralarbeit. Dennoch waren die Lohnkosten offensichtlich zu hoch, denn die Arbeitsplätze wanderten in den folgenden Jahren weiter, vom Mühlviertel zuerst nach Rumänien, dann wei-

ter in den Fernen Osten. Heute gibt es diese Frauenfabriksarbeit in der Bekleidungsindustrie im Oberen Mühlviertel nicht mehr. Margit Scherrer, heute Betriebsseelsorgerin im Bezirk Rohrbach, arbeitet mit Frauen in prekärer Beschäftigung, mit Migrantinnen, mit Reinigungsfrauen, Handelsangestellten und Pflegekräften.

„Humankapital“ Arbeitskraft im Neoliberalismus

Die Verlagerung der Arbeitsplätze in noch billigere Lohnländer war nur ein Symptom dessen, was sich seither in der Arbeitswelt abspielte. Auch in Österreich wehte der Wind der neoli-

beralen Wirtschaftsdoktrin. Die weltweite Stahlkrise wurde in Österreich zur Voest-Krise und kostete viele den Arbeitsplatz. Nach der Sanierung wurde der ehemalige Staatsbetrieb dann schrittweise privatisiert, nach klassischer neoliberaler Strategie. Was neoliberale Think-Tanks jahrzehntelang vorbereitet hatten, gelangte zur Realisierung, die Welt - auch die Arbeitswelt in Österreich - wurde durchgängig Geld-gerecht hergerichtet. Die Gewinnerwartung des (Finanz)kapitals wurde der Motor, die Börse der Brennpunkt des wirtschaftlichen Geschehens. Das eingesetzte Kapital verlangte Rendite, und durch die neuen technischen Mög-

lichkeiten der digitalen Kommunikation verschärfte sich Konkurrenzdruck und Verdrängungswettbewerb. Das betraf und betrifft alle, auch die mittleren und kleinen Handwerks- und Gewerbebetriebe. Die Dominanz des Kapitals und der schwindende politische Wille dagegen zu halten, reduzierte das menschliche Arbeitsvermögen auf das sogenannte ‚Humankapital‘ als reinen Kostenfaktor am Markt, der möglichst billig sein sollte.

Die Folgen: „working poor“

Die Folgen bekamen die Menschen, mit denen wir in der Betriebsseelsorge unterwegs waren, natürlich zu spüren:

[Lesen Sie weiter ►](#)



Die neue, im März gewählte KABÖ Bundesleitung v.l.n.r.: Reinhold Grausam, stv. Bundesvorsitzender, Anna Wall-Strasser, KAB Bundesvorsitzende, Fritz Krull, geistlicher Assistent, Philipp Kuhlmann, stv. Bundesvorsitzender, Gabriele Kienesberger, KABÖ Assistentin.

FOTO: MONIKA SCHWARZ



Der bisherige KABÖ-Vorsitzende und nunmehr stv. Vorsitzende Philipp Kuhlmann wurde anlässlich der Neuwahl des KAB-Bundesvorstands im März für seine Tätigkeit in den vergangenen drei Jahren herzlichst bedankt. Mit ihm und Reinhold Grausam (OÖ) als stv. Vorsitzenden sowie dem geistlichen Assistenten Fritz Krull (Wien) bleibt ein bewährtes Team bestehen. Bedankt für ihr tatkräftiges Engagement als stv. Vorsitzende in den letzten Jahren wurden auch Margit Savernik (7. von links) aus Oberösterreich und Johannes Labner (1. von rechts) aus der Steiermark.

FOTO: MONIKA SCHWARZ

► die Arbeitslosigkeit stieg und machte Druck auf alle. Immer schneller, immer besser, immer mehr – so haben es die ArbeiterInnen selber formuliert. Wer da nicht mithalten kann, ist selber schuld.

„Hier arbeitet ein Mensch“ wurde tausendfach auf Büro- und Werkstatttüren, Spiegel und PCs geklebt und hält sich da und dort bis heute. Vielleicht verwundert es, dass 2017 dieses Motto

fung. Die politische Analyse und das Pochen auf (relative) Autonomie als Bewegung boten Anlass zu heftigen Konflikten. Strukturprozesse in allen Diözesen hatten den Entzug von Finanzen und letztlich die Auflösung der KAJ zur Folge. Basisarbeit mit Lehrlingen ist aber eine Grundbedingung für eine Pastoral, die die Jugendlichen in ihren Lebensrealitäten ernst nehmen will. In OÖ entschied die Betriebsseelsorge deswegen, JugendleiterInnen in den Treffpunkten „mensch&arbeit“ anzustellen, und gemeinsam mit einigen ReferentInnen in der KJ wurde das Anliegen von Joseph Cardijn aktualisiert und weitervermittelt.

„ES IST ES WERT, DRANZUBLEIBEN, AUF DEM FUNDAMENT DER SOZIALLEHRE UND DER BIBEL ARBEITSWELT MIT ZU GESTALTEN UND SICH AN DER POLITISCHEN DISKUSSION ZU BETEILIGEN. DAS MACHT UND KANN DIE KAB. DAZU MÖCHTE ICH MEINEN BEITRAG LEISTEN.“

Ganze Branchen wurden ausgegliedert – auch in gutgehenden Betrieben, auf Ämtern und bei Behörden. In Spitälern und Schulen sind z.B. die Reinigungskräfte und KüchenmitarbeiterInnen nicht mehr Teil der Stammebelegschaft. Das heißt in der Regel „Du verdienst weniger und gehörst nicht dazu“, so eine „Reinigungskraft“ in einer Schule. Nicht dabei bei Firmenfeiern und Betriebsausflügen, nicht vertreten vom Betriebsrat, ohne Recht auf eine bestimmte Tätigkeit: „Jeden Tag können sie mich wo anders hinschicken“. Von den ArbeitnehmerInnen wird höchste Flexibilität und zugleich höchste Identifikation verlangt, und der Lohn deckt oft nicht die Lebenskosten – „working poor“ nennt sich das.

„Hier arbeitet ein Mensch“

Das ist alles andere als GUTE ARBEIT. Darauf reagierten die KAB und die Betriebsseelsorge Österreich 2003 mit einer österreichweiten Kampagne. In Veranstaltungen und Aktionen in Betrieben, auf der Straße, in Bildungshäusern und Pfarrheimen wurden Menschen angestoßen, sich zu engagieren für eine Arbeitswelt, die ihrem Leben gerecht wird – vom Lohn bis zu den Arbeitsbedingungen, von den Arbeitszeiten bis zu eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Botschaft

wieder aufgegriffen wurde für eine neue Kampagne, aber die Verhältnisse in der Arbeitswelt haben sich nicht zum Besseren verändert. „Hier arbeitet ein Mensch“ fasst unmissverständlich zusammen: Arbeit ist vom Menschen, der sie macht, nicht zu trennen und muss daher dem Menschen entsprechen.

Santa Prekaria: Fair statt prekär

Dazwischen liegen Jahre in denen andere Aspekte im Brennpunkt standen: „Fair statt prekär“ mit einer Aktualisierung der Figur der ‚Santa Prekaria‘, die Forderung nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche in „Jugend will Arbeit“, die Bestärkung des Mehrwerts von Solidarität. Die Zusammenarbeit und die Arbeitsteilung zwischen Betriebsseelsorge und KAB war dabei ein Garant für ein wirksames Auftreten in der Öffentlichkeit.

Nach der KAJ: Jugendarbeit neu

Wie hat sich Kirche, wie hat sich die ArbeiterInnenpastoral entwickelt in diesen fast 40 Jahren? Ich war in den Anfangsjahren als Betriebsseelsorgerin ehrenamtlich Mitglied der Bundesleitung der KAJ. Ja, die gab's noch, damals in allen Diözesen. Überall wurde engagierte Basisarbeit gemacht, aber noch mehr Energien flossen in die Auseinandersetzung mit der Kirchenlei-

Betriebsseminar: Kinderstube vieler AktivistInnen

Der fehlende finanzielle Rahmen war 2010 dann auch der Grund zur Schließung des Bildungshauses „Betriebsseminar“ – ein großer Verlust! Von 1963 bis 2010 war das „Betriebsseminar“ die „Kinderstube“ vieler AktivistInnen aus der Arbeitswelt und der KAJ, war Befähigung für ihr Engagement in den Betrieben, in der Kirche, in Parteien und NGO's. Nachhaltige Bildungsprozesse wurden angeregt und begleitet, immer nah dran an den gesellschaftlichen Bruchlinien. Der österreichischen Kirche in Gestalt der Bischofskonferenz war es das Geld letztlich nicht wert. Ich denke, sie bezahlt es mit Glaubwürdigkeits- und Kompetenzverlust in bezug auf die wesentlichen Fragen der Arbeit und des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Sozialhirtenbrief und Ökumenisches Sozialwort

Zweimal hat die Kirche in diesen Jahren sozialpolitisch jedoch stark aufgezeigt: der Konsequenz des langjährigen Sozialbischofs Maximilian Aichern und seines kompetenten Mitstreiters Alois Riedlsperger SJ ist die Erarbeitung und Präsentation des Sozialhirtenbriefs und des ökumenischen Sozialworts zu ver-

danken. KAB und Betriebsseelsorge haben dabei kräftig mitgedacht.

Instrumentalisierte Opfer: Politik des Rassismus und der rechten Hetze

Rückblickend auf die 36 Jahre habe ich mich oft gefragt, ob unser Engagement nicht dem vergeblichen Kampf gegen Windmühlen gleicht, wobei die neoliberale kapitalistische Ideologie mit all ihrer faktischen Macht eher einem mächtigen Orkan entspricht, dem es sich entgegenzustellen gälte. Die Auswirkungen des ‚Klassenkampfes von oben‘ sind heute spürbar im Auseinanderbrechen der Gesellschaft, im Instrumentalisieren der Opfer dieser Wirtschaftsweise durch eine Politik des gezielten Rassismus und der Hetze von rechts. Das gefährdet die Demokratie nachhaltig.

Vorbilder in Bibel und ArbeiterInnengeschichte

Die Frage „Was hat meine/unsere Arbeit bewirkt, was haben wir erreicht?“ muss man anders stellen: „Was wäre die Welt ohne unsere Arbeit?“ Letztlich gilt es das zu tun, was wir – nach der Grundmethode Sehen – Urteilen – Handeln – Feiern - als richtig und wichtig erkennen. Dafür habe ich viele Vorbilder unter den Männern und Frauen in der Bibel und in der ArbeiterInnengeschichte.

Strukturen ändern für ein „gutes Leben für alle“

Persönlich habe ich von den Menschen, mit denen ich als Betriebsseelsorgerin 36 Jahre unterwegs war, die wesentlichen Grundfragen zum Verständnis einer Gesellschaft gelernt: Wem nützt was (cui bono)? Wer gewinnt, wer verliert? Wer hat welche Möglichkeiten bzw. was sind die Bedingungen der Möglichkeit? Unter welchen Bedingungen sichere ich mir und den Meinen das tägliche Brot? Keiner kann alleine leben, wir sind als Menschheitsfamilie voneinander abhängig. Für Strukturen

zu sorgen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen – auch für die Akkordnäherin heute in Bangladesch - bleibt die große Herausforderung.

Blitzlichter aus einem 36-jährigen Berufsleben im Feld Kirche und Arbeitswelt.

FOTOS: KAB



KOMMENTAR

ZUR PERSON

Philipp Kuhlmann, Betriebsratsvorsitzender in einem Handelsunternehmen, ehrenamtlicher stellvertretender Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich und KAB-Vorsitzender in der Erzdiözese Wien.

FOTO: IOULIA KONDRATOVITCH



Veränderungen?

In den letzten Jahren haben sich viele Maßstäbe verschoben. In meinem Beruf erlebe ich, dass immer mehr Fälle von Belästigung bekannt werden. In den USA ist ein offen frauenfeindlicher Präsident an der Macht, Gewalt gegen Frauen scheint in den unterschiedlichsten Formen (physisch, psychisch, ökonomisch, sozial, etc.) wieder auf dem Vormarsch zu sein.

Statt auf friedliche Lösungen hin zu arbeiten, werden Konflikte befeuert (Friedensprojekt EU auf dem Rückzug, „Handelskriege“, militärische Aggressionen, etc.), solidarische Einrichtungen wie Sozialversicherungen werden zu Gunsten privater Einrichtungen geschwächt. Statt Kooperation und Unterstützung scheinen Konkurrenz und Wettbewerb zur Maxime der Politik aufgestiegen zu sein.

Eine weitere schleichende Veränderung betrifft unsere Lebensgrundlage. Wenn das wichtigste Thema immer wieder von anderen Themen verdrängt wird, dann wird es irgendwann mit so großer Dringlichkeit auftauchen, dass es alle anderen Themen in den Schatten stellt.

Schon 1971 hat Papst Paul VI. die ökologische Problematik als eine Krise vorgestellt, die „eine dramatische Folge“ der unkontrollierten Tätigkeit des Menschen ist. „Infolge einer rücksichtslosen Ausbeutung der Natur läuft er Gefahr, sie zu zerstören und selbst Opfer dieser Zerstörung zu werden“ und Paul VI betonte vor der FAO „die Dringlichkeit und die Notwendigkeit eines radikalen Wandels im Verhalten der Menschheit“.

Papst Johannes Paul II. bemerkte in seiner ersten Enzyklika: „Der Mensch scheint oft keine andere Bedeutung seiner natürlichen Umwelt wahrzunehmen, als allein jene, die den Zwecken eines unmittelbaren Gebrauchs und Verbrauchs dient.“ Später rief er zu einer weltweiten ökologischen Umkehr auf. Benedikt XVI. forderte „die strukturellen Ursachen der Fehlfunktionen der Weltwirtschaft zu beseitigen und die Wachstumsmodelle zu korrigieren, die allem Anschein nach ungeeignet sind, den Respekt vor der Umwelt (...) zu garantieren“. Patriarch Bartholomäus hat besonders von der Notwendigkeit gesprochen, dass jeder Einzelne die eigene Weise, dem Planeten zu schaden, bereut, denn „insofern wir alle kleine

ökologische Schäden verursachen“, sind wir aufgerufen, „unseren kleineren oder größeren Beitrag zur Verunstaltung und Zerstörung der Schöpfung“ anzuerkennen.

Die Antwort? Christlich geht anders, als einem falschen Modell nachzulaufen. Das Leben in Fülle, das uns verheißen ist (Joh 10,10), hat nichts mit Überfluss zu tun. „Denn der Sinn des Lebens besteht nicht darin, dass ein Mensch aufgrund seines großen Vermögens im Überfluss lebt.“ (Lk 12,15)

Ich bin sehr froh, dass die Katholische Aktion Österreich sich nun verstärkt der ökologischen Frage widmet und für sozial verträgliche Antworten auf den Klimawandel eintritt, wie wir als KAB sie auch in unseren Bündnissen vertreten. Auch die Kooperation mit der Aktion „Autofasten“ sehe ich sehr positiv. Wenn dann KritikerInnen meinen, dass 100% Einsparung nicht möglich wären und deshalb gleich gar nichts an ihrem Verhalten ändern, stimme ich mit ihnen nicht überein. 90% wären doch auch schon ein toller Erfolg. Es wäre doch einfach schade, wenn die Welt zugrunde geht, weil wir es halt so gewohnt sind ...

Ich schreibe diese Zeilen übrigens, während ich im Zug von Wien nach Zürich fahre, wohin ich im Auftrag meines Arbeitgebers unterwegs bin. Damit bin ich ökologischer und günstiger unterwegs, als meine KollegInnen. Dass ich damit auch ganz viel Zeit gewinne, weil ich den ganzen Tag in Ruhe arbeiten kann, ist für mich ein weiterer Vorteil. Zeitwohlstand sehe ich als Privileg in einer gehetzten Gesellschaft. Für mich bedeutet die laufende Veränderung meines Lebensstils einen großen Gewinn an Lebensqualität.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass wir auf Basis unseres Glaubens unseren Umgang miteinander, unseren Konsum, unsere Arbeitsweise, etc. überdenken. Ein freier Sonntag in Ruhe und ohne Konsum bietet dafür eine Gelegenheit und ist oft schon der erste Schritt dorthin. Dass auch das in Gefahr ist, zeigen die Entwicklungen um den Karfreitag und die geänderte Rechtslage zur Sonntagsarbeit. Wir werden weiterhin zu all diesen Themen Stellung beziehen.

Zur Sache

KABÖ –Positionen zum Internationalen Frauentag und zur Karfreitags-Regelung

Mit zwei Presseaussendungen hat sich die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich im März öffentlich zu Wort gemeldet. Anlässlich des Internationalen Frauentags hat sie auf die Auswirkungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt auf Frauen hingewiesen, im Zusammenhang mit der Neuwahl des Bundesvorstands eine kritische Positionierung zur Karfreitags-Regelung abgegeben.

Eine stärkere Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in der aktuellen Technologiedebatte forderte die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März. Um in einer digitalisierten Arbeitswelt eine weitere Verschärfung bestehender Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in Fragen der Erwerbsbeteiligung, der Einkommen und der sozialen Sicherung zu verhindern, appellierte die KABÖ an Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, sich in den Debatten um neue Technologien und ihre Anwendung in der Arbeitswelt für eine geschlechtergerechte Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft einzusetzen.

Technologie muss dem Leben dienen

„Es geht bei den anstehenden bzw. laufenden Veränderungen in der Arbeitswelt nicht nur um ‚Industrie 4.0‘ und die Arbeit von Männern, wie häufig suggeriert wird“, so Philipp Kuhlmann, ehemaliger Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich in der Aussendung, „die Digitalisierung betrifft auch Dienstleistungsbranchen, in denen hauptsächlich Frauen tätig sind“. Es gelte, Räume zu schaffen, damit Frauen sich aktiv an den laufenden Technologiedebatten beteiligen und die ethischen wie sozialen Rahmenbedingungen einer digitalisierten Arbeitswelt mitgestalten können: „Technologie muss dem Leben dienen“, so Margit Savernik, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der KABÖ. Vor allem aber brauche es im Blick auf erwartbare Veränderun-

gen im Bereich von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung eine „tabulose Debatte um Verteilung - zwischen den Geschlechtern, den AkteurInnen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft generell“, so Savernik und Kuhlmann.

Entkoppelung von sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit

Grundsätzlich müsse der technologische Wandel in einen gesellschaftlichen Dialog eingebunden sein. Er dürfe nicht sich selbst überlassen bleiben, sondern brauche die Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte, Männer wie Frauen, Politiker wie Politikerinnen, die aus diesem Dialog heraus (geschlechter-) gerechte Entscheidungen treffen und umsetzen sollen. Besonderes Augenmerk sei auf bereits sichtbare Veränderungen in Erwerbs- und Einkommenskarrieren zu legen, die angesichts einer Digitalisierung verschärft würden: „Die Koppelung sozialer Sicherung an die Erwerbsarbeit ist in Zeiten zunehmender Prekarisierung von Erwerbsarbeit bereits fragwürdig geworden,“ so der ehemalige KABÖ-Vorsitzende Philipp Kuhlmann, „auf globalen digitalen Arbeitsmärkten wird dieses Konstrukt immer schwieriger haltbar sein“.

Angesichts der schwindenden Zahl von Arbeitsplätzen bei anhaltender bzw. steigender Wertschöpfung, werde es darum gehen müssen, zu neuen Formen sozialer Absicherung unabhängig von Erwerbsarbeit zu gelangen. Das, so Kuhlmann, könne bedeuten, sich mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen näher

auseinanderzusetzen und erfordere im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit jedenfalls die (Wieder-)Einführung bzw. Anhebung von Steuern wie etwa Vermögenssteuern, Körperschaftsteuer oder Kapitalertragssteuer.

„Seitens der KABÖ werden wir den Prozess der Digitalisierung gemeinsam mit anderen AkteurInnen kritisch begleiten“, so die ehemalige KABÖ-StellvertreterIn Margit Savernik, „entsprechend unserem Motto: Im Mittelpunkt der Mensch“. Ein christliches Welt- und Menschenbild, orientiert an der Würde aller Menschen, verpflichte dazu, auf soziale und Geschlechtergerechtigkeit zu achten sowie Teilhabe zu ermöglichen. Ziel sei es in diesem Zusammenhang überdies, faire Bildungschancen einzufordern und sicherstellen zu helfen.

Karfreitags-Regelung inakzeptabel

Die KABÖ-Bundeskonferenz stellte in einer Presseaussendung fest, dass die neue Karfreitags-Regelung, die Evangelischen, Altkatholischen und MethodistInnen den Karfreitag als Feiertag in Zukunft nicht mehr gewährt, „schlicht inakzeptabel“ sei. Dem Argument, dass Österreich ein „Feiertagsland“ sei, setzte die KABÖ entgegen, dass Österreich bei den Feiertagen im europäischen Vergleich im guten Mittelfeld liege, bei den Arbeits- und Überstunden aber im Spitzenfeld und somit Arbeitszeitverkürzung dringend geboten sei. Mit dem Karfreitag als allgemeinem Feiertag hätte hier ein entsprechender Schritt gesetzt werden können.

Mit dem Genderblick

KAB-Frauen-Studientag zu Digitalisierung und Kampagnenschwerpunkt

„Hier arbeitet eine Frau“ lautete der Titel des heurigen KAB-Frauen-Studientages, zu dem am 26. Jänner 16 Teilnehmerinnen aus drei Diözesen im Cardijn Haus in Linz zusammengekommen sind. Gemeinsam nahmen sie vor allem den digitalen Wandel in der Arbeitswelt in den Fokus. VON: ELISABETH ZARZER

In den Medien oft unter dem Schlagwort Industrie 4.0 vor allem mit Männerarbeit in Verbindung gebracht, zeigt sich bei genauem Hinsehen ein anders Bild vom digitalen Wandel in der Arbeitswelt. Der gesamte Dienstleistungsbereich, der Handel, die Pflege, die Verwaltung, das Bankenwesen sind im Umbruch und somit viele Frauen in „typischen Frauenberufen“ davon betroffen.

weils zu einer Arbeitszeitverkürzung, neue Arbeitsplätze entstanden. Wichtig sei, so Kienesberger, die Digitalisierung nicht als „Naturgewalt“ zu verstehen, sondern die Frage nach Sinn und Ziel und damit auch nach der Gestaltbarkeit zu stellen: Wo werden Grenzen gezogen? Wie können die mit Automatisierung und Digitalisierung erwirtschafteten Güter gerecht verteilt, wie kann die gemeinsame Nutzung allgemeiner

4. Ressourcen müssen für künftige Generationen erhalten werden.

5. Das Gemeinwohl gilt als Maxime für alle Menschen.

Anliegen der KAB weitertragen

In drei Workshops beschäftigten sich die Teilnehmerinnen schwerpunktmäßig mit Veränderungen in den Arbeitsbereichen Handel, Büro und Pflege, mit den auftretenden Ängsten und Verunsicherungen, mit der Frage nach „Guter Arbeit“ sowie der Aufgabe der KAB im Veränderungsprozess, speziell hinsichtlich Frauen und deren (Erwerbs-)Arbeit. Letztendlich, so der Befund, gehe es um das, was seit jeher Anliegen der KAB ist, egal ob in analogen oder digitalen Welten: Teilhabe ermöglichen, Selbstbewusstsein stärken, Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit erweitern, Rollenbilder aufbrechen – den Menschen in den Mittelpunkt stellen.



Kampagnenspiel „Gute Arbeit in Sicht“: Hier geht es darum, zuvor als wichtig definierte Begriffe aus der Arbeitswelt immer wieder auf eine nächste, höhere Ebene zu bringen. Spielerisch – und hoffentlich auch im wirklichen Leben – wollen wir zum Schluss sagen können, mit diesen Werten bauen wir mit an der Vision „Gute Arbeit in Sicht“! FOTO: ELISABETH ZARZER

Ins Handeln kommen

Damit war der Bogen gespannt zum zweiten inhaltlichen Schwerpunkt des Studientages, die Kampagne „Hier arbeitet ein Mensch“. Elisabeth Zarzer, KAB OÖ, stellte Inhalt, Ziel und die Materialien zur Kampagne vor. Manches wurde dabei gleich ausprobiert: Scrabble am Gitterkopf, ein Selbstcheck, ein Text aus der Werkmappe. Und gemeinsam spielten die Teilnehmerinnen zum Abschluss das große Kampagnenspiel. Hier geht es darum, zuvor als wichtig definierte Begriffe aus der Arbeitswelt immer wieder auf eine nächste, höhere Ebene zu bringen. Spielerisch – und hoffentlich auch im wirklichen Leben – wollen wir zum Schluss sagen können, mit diesen Werten bauen wir mit an der Vision „Gute Arbeit in Sicht“!

Digitalisierung: Keine „Naturgewalt“

In ihrem Referat mit dem Titel „Ethische Aspekte der Digitalisierung. Soziale Transformation kritisch begleiten“ ging Gabriele Kienesberger, KAB Wien, der Frage nach, inwieweit die katholische Soziallehre im digitalen Wandel als Kompass und Koordinatensystem dienen kann. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass auch die 1., 2. und 3. industrielle Revolution große Ängste erzeugte, doch die Menschen bewältigten die Veränderungen – es kam je-

Güter (z.B. Wasser) sichergestellt werden? Wie können faire Bildungschancen für's notwendige lebenslange Lernen gesichert werden?

Gabriele Kienesberger stellte fünf Wegweiser aus der katholischen Soziallehre vor, die auch heute bedeutsam sind:

1. Die Industrie ist für den Menschen da, nicht umgekehrt.
2. Es braucht Hilfe, Respekt und Achtung für die am meisten Benachteiligten.
3. Es braucht Maßnahmen und Regelungen auf unterschiedlichen Ebenen.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Margit Scherrer

Theaterpädagogin, Betriebsseelsorgerin in Rohrbach/Diözese Linz

FOTO: PRIVAT



Weltweiber

Wer mich kennt weiß, dass ich eine Tun-Frau bin. Mit welchen Gruppen, Runden, Menschen ich arbeite, es steht immer im Hintergrund die Frage: Wie können diese Menschen ihr Anliegen, ihre Wünsche an den Mann oder die Frau bringen.

Als ich nach meiner Zeit als Religionslehrerin bei meinen Kindern zu Hause war, habe ich das Psychotherapeutische Propädeutikum gemacht. Anschließend wollte ich die Ausbildung zur Psychotherapeutin angehen – doch da kam mir die Information zur Ausbildung zur Theaterpädagogin dazwischen. Ich spürte sofort meine Lust, das zu machen. Denn sitzen und nur reden ist mir zu wenig.

Im Tun, im Ausprobieren, im Erproben, wie Menschen ermächtigt werden vom Reden zum Handeln zu gelangen, fasziniert mich. Das tun wir in der Frauentheatergruppe vom Treffpunkt „mensch&arbeit“ Rohrbach, die „Weltweiber“, nun schon seit 2001.

In diesem Jahr übersiedelte unser Treffpunkt in ein anderes Gebäude. Zur Eröffnung hatten wir die Idee, mit einer unserer Frauengruppen ein kleines Stück zu entwickeln und zu spielen. Die Frauen waren so begeistert, dass wir beschlossen, weiterzumachen.

Wieso bewährt sich das? Wenn ich zurückdenke, in wie vielen Projekten wir Weltweiber schon gemeinsam mit anderen Frauen, Gruppen-Szenen, Stücke erarbeitet und aufgeführt haben, bin ich selbst fasziniert von den Wellen, die diese Arbeit geschlagen hat. Um nur einige anzuführen: bei multikulturellen Festen, in der KAB, bei Veranstaltungen der Betriebsseelsorge, bei den Internationalen Frauentagen, mit GewerkschaftsschülerInnen, Betriebsrätinnen, mit Asylwerberinnen und Migrantinnen, mit Jugendlichen und dazwischen immer wieder Auftritte von uns „Weltweibern“ mit unseren Kabarettprogrammen in Oberösterreich und darüber hinaus.

Was hat das mit Frau, Mann gemacht? Wenn in einer Szene von uns „Weltweibern“ eine Frau, die beim „Trau dich-Semi-

nar“ es schafft, dem Chef zu sagen, dass sie jetzt endlich die Überstunden, die sie in den letzten Wochen gemacht hat, als Zeitausgleich will. Oder in einer anderen Szene – ein Bewerbungsgespräch – die eine Bewerberin der Personalchefin verspricht, jederzeit bereit zu sein, für sie zu arbeiten, während die andere ganz klar ihre Vorstellungen äußert.

Ob die Szene vom Altstoffsammelzentrum, wo darüber gesprochen wird, dass eine Tagesration Katzenfutter teurer ist als ein Mittagessen für zwei Personen – oder die Szene im Altersheim, wo die Bewohnerinnen die Nachmittagsbetreuung von Kindergartenkindern übernehmen müssen ...: Hinschauen ist bei uns angesagt.

Sehen – Urteilen – Handeln – Feiern ist Vorbild meiner und der Theaterarbeit von uns „Weltweibern“. Wir sind mit wachen Augen und Ohren unterwegs – und nach kritischer und lustvoller Auseinandersetzung mittels Erzählen, Nachfragen und Improvisieren kommen wir zum fertigen Stück.

Braucht es das mehr - mit anderen Menschen, an anderen Orten? Ich bin sehr oft damit konfrontiert, dass Arbeitnehmerinnen - ob jung oder älter - sich nach Ermächtigung sehnen, dass die Angst, die Ohnmacht sie hindert, etwas zu sagen oder zu tun. Es braucht das Erproben, Üben des mir Wichtigen. Für MitarbeiterInnen in Firmen, für Jugendliche, in Schulen, in der Gesellschaft, für Frauen, ... Wir sehen unsere Theaterarbeit als kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Wir gehen bewusst in die Öffentlichkeit und treten auf, weil wir aufrütteln wollen. Mit Humor halten wir dem Publikum einen Spiegel vor – eine Art von Reflexion der Wirklichkeit.

Diese uns wichtigen Botschaften gemeinsam zu zeigen, sie öffentlich zu machen, stärkt und ermutigt uns selbst ungemein. Und das Schönste daran ist, dass wir das nicht müssen, sondern dass wir „Weltweiber“ mit unseren Kabarettprogrammen auftreten DÜRFEN.

IMPRESSUM

MedieninhaberIn (VerlegerIn): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **HerausgeberIn:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **ChefredakteurIn:** Mag.^a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Mag.^a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ unter 01/51552-3350**

Klima.Steuern

Wie mit einer öko-sozialen Steuerreform die gesamte Gesellschaft gewinnen kann

Bleiben wir bei den bisher zaghaften Antworten auf die Klimakrise, sind die Aussichten düster: Der Weltklimarat gibt uns in seinem neuesten Bericht noch 12 Jahre Zeit. Ändern wir bis dahin nicht unser Verhalten, dann werden die Emissionen so hoch sein, dass die Pariser Klimaziele nicht mehr erreicht werden können. Österreich stehen Klimafolgeschäden im Ausmaß von bis zu 8,8 Mrd. Euro pro Jahr bevor, die durch Dürren, Hitzewellen, Einbrüchen im Wintertourismus oder Hochwasserereignisse ausgelöst werden können. Diese dramatischen Nachrichten bleiben nicht ungehört und lösen Angst in der Bevölkerung und der Wirtschaft aus. Beim letzten Weltwirtschaftsforum in Davos wurden zunehmende Extremereignisse und ein Versagen im Kampf gegen die Klimakrise im „Global Risks Report 2019“¹ zum größten Risiko für die Weltwirtschaft überhaupt erkoren. Auch in Österreich fordern in einer aktuellen repräsentativen Umfrage der Tageszeitung „Der Standard“² 75 Prozent der Bevölkerung „einschneidende Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel“. Das Problem ist angekommen. Auch die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich hat in ihrem Grundsatzprogramm Nachhaltigkeit verankert und Papst Franziskus mit der Enzyklika „Laudato si“ einen Meilenstein in diese Richtung gesetzt. Für Klimaschutz gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Was fehlt, ist eine breite gesellschaftliche Debatte über die Umsetzung der wichtigsten Maßnahmen. VON: JOHANNES WAHLMÜLLER, KLIMA- UND ENERGIESPRECHER VON GLOBAL 2000

Dazu gehört zweifellos die Ökologisierung des Steuersystems. Sie wird von praktisch allen namhaften ExpertInnen als Schlüsselmaßnahme gesehen. Zuletzt appellierten zahlreiche WissenschaftlerInnen in einem offenen Brief an die Bundesregierung bei der aktuell anstehenden Steuerreform eine Ökologisierung vorzubereiten.³ Doch die Regierungsspitze zeigt wenig Bereitschaft darüber ernsthaft nachzudenken. Bundeskanzler Sebastian Kurz sprach in einem Interview „von einer tollen Idee“, wenn man Gelbwestenproteste auch in Österreich haben will. Aus sozialen Gründen könne eine ökologische Steuerreform nicht kommen. Diese ablehnende Haltung ist umso bedauerlicher, weil gerade der soziale Aspekt ein Dreh- und Angelpunkt einer gut durchdachten öko-sozialen Steuerreform ist und sich WissenschaftlerInnen und ExpertInnen dazu viel überlegt haben.

Ein Beispiel

Ein Beispiel ist eine Modellierung, die unter anderem von GLOBAL 2000 in Auftrag gegeben wurde und die Effekte einer Ökologisierung des Steuersystems für Österreich untersucht hat.⁴ Dabei werden Ökosteuern im Ausmaß von fünf Milliarden Euro eingeführt bzw. erhöht. In unserem Fall handelt es sich dabei um Steuern wie eine Erhöhung der MöSt auf Diesel und Benzin, die Einführung einer CO₂-Steuer, die Erhöhung der Flugticketabgabe oder eine Erhöhung der LKW-Maut. Alles Dinge, die PolitikerInnen aus verständlichen Gründen nur sehr ungern ansprechen. Würde man diese Maßnahmen ohne soziale Abfederung einführen, hätte Bundeskanzler Sebastian Kurz recht: Das wäre in vielen Fällen unsozial.

Wie der „Ökobonus“ wirkt

Doch das ist zu kurz gedacht, denn das zusätzliche Steueraufkommen von fünf Milliarden Euro kann ja auch

sinnvoll eingesetzt werden. In unserer Modellrechnung werden diese Mittel verwendet, um eine Senkung der Lohnnebenkosten zu finanzieren, den öffentlichen Verkehr stark auszubauen und Förderungen für thermische Sanierung zu verstärken. Dazu wird ein „Ökobonus“ eingeführt, der, ohne vorherigen Antrag, direkt an alle Haushalte ausbezahlt wird. Ein Durchschnittshaushalt in Österreich würde in diesem Modell etwa 500 Euro pro Jahr überwiesen bekommen. Da wohlhabende Haushalte einen höheren Energiekonsum haben, profitieren vom „Ökobonus“ vor allem finanziell schwache Haushalte. Durch dieses Konzept können also soziale Härten schon vorab vermieden werden. Umgekehrt gilt: Wer sich Gedanken zu umweltfreundlichem Verhalten macht, kann sogar Steuern sparen und einen Teil des Ökobonus für andere, erfreulichere Dinge ausgeben.

1 Vgl. <https://www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2019>

2 Vgl. <https://derstandard.at/2000095154119/Mieten-und-gerechte-Konzernsteuern-sind-wichtigste-Anliegen>

3 Vgl. https://www.wwf.at/de/view/files/download/showDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=3337

4 Vgl. GWS (2015): Eine ökologische und soziale Steuerreform für Österreich



Für Klimaschutz gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Was fehlt, ist eine breite gesellschaftliche Debatte über die Umsetzung der wichtigsten Maßnahmen.

FOTO: RUDOLPHO DUBA_PIXELIO.DE

INFO

Aktion Autofasten 2019

Die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich unterstützt eine Petition an Verkehrsminister Norbert Hofer und Umweltministerin Elisabeth Köstinger sowie an alle zuständigen Verkehrs- und UmweltlandesrätInnen mit Forderungen nach umfassenden Klimaschutz-Maßnahmen im Verkehr.

Downloaden und unterschreiben:

http://autofasten.at/dl/qqsuJNlJKJqx-4KJK/Autofasten_Petition_final.pdf



Die ökologische „Dividende“

Aber auch andere positive Entwicklungen würden sich einstellen: Der Energieverbrauch würde deutlich sinken, weil es sich plötzlich rechnet, Energiesparmaßnahmen zu setzen oder erneuerbare Energien stärker zu nutzen. Auch der CO₂-Ausstoß würde in Österreich um etwa 3,6 Mio. Tonnen sinken und wir würden unseren Klimazielen deutlich näherkommen. Das ist die ökologische „Dividende“. Mit den höheren Ökosteuern wird eine Sen-

kung der Lohnnebenkosten finanzierbar, damit sinken auch die Kosten für Unternehmen Personal einzustellen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Anreize für thermische Sanierung schaffen weitere Impulse. Etwa 17.400 Arbeitsplätze könnten auf diese Weise schon in den nächsten Jahren entstehen. Angesichts von 367.979 Menschen, die in Österreich derzeit arbeitslos sind, würde das helfen, ein drängendes Problem zu lindern.⁵ Das ist die soziale „Dividende“.

Überparteilich arbeiten

Um diese „doppelte Dividende“ abzuholen, muss in Gesamtkonzepten gedacht werden. Die Gefahr besteht, dass in der öffentlichen Diskussion Einzelteile herausgegriffen werden und den Proponenten um die Ohren fliegen. Diese Gefahr scheuen PolitikerInnen selbst dann, wenn sie die Vorteile des Konzepts begriffen haben. Dass es viele verständige PolitikerInnen in Österreich geben muss, zeigt der Umstand, dass nahezu alle Parteien eine

[Lesen Sie weiter ►](#)

⁵ Vgl. AMS, Arbeitsmarktdaten Jänner 2019:

https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_uebersicht_aktuell_0119.pdf

Netzwerk für ein sozial gerechtes Europa Auszug aus der Erklärung der Europäische Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen EBCA zu den Europawahlen

Die EBCA, ein Zusammenschluss christlicher ArbeitnehmerInnenbewegungen aus 10 europäischen Staaten, bildet ein Netzwerk für ein sozial gerechtes Europa. Im Hinblick auf die Wahlen zum EU-Parlament (23.–26.5.2019), legt sie zentrale Forderungen vor, um sie einerseits den KandidatInnen für ihren politischen Einsatz mit auf den Weg zu geben und sie andererseits als Grundlage für eigene Wahlentscheidungen anzubieten.

Menschenwürde als Gradmesser allen politischen Handelns

Die Würde jeder einzelnen Person hat die Politik auf allen Ebenen zu schützen. Es gilt diese Würde, die mit der Proklamation der Menschenrechte vor 70 Jahren durch die Vereinten Nationen eine besondere Strahlkraft entwickelt hat, zu fördern und dieses Anliegen als zentrale Grundperspektive der politischen Agenda zu betrachten.

Brennpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung: Ökonomie, Ökologie und Sozialpolitik

In den Enzykliken von Papst Franziskus lassen sich diese Brennpunkte ausmachen, die zueinander in Spannung stehen und die in eine angemessene Ausgewogenheit gebracht werden müssen.

Konsequenzen und Anregungen

Im Hinblick auf die einschneidenden Veränderungen im Bereich der Arbeitswelt gilt das Grundsatzpapier der Sozialkommission der COMECE „Die Zukunft der Arbeit gestalten“ (Nov. 2018), als richtungweisend. Es fordert die aktive Gestaltung des aktuellen Wandels nach den Kriterien der Menschenwürde (gerechte Arbeitsbedingungen, würdiges familienorientiertes Einkommen, ausgeglichene Arbeitszeiten), der Nachhaltigkeit, der Mitbestimmung und der Integration aller in den Arbeitsprozess.

Die EBCA und ihre Mitgliedsorganisationen wollen am Friedensprojekt Europa mit bauen. Aus dieser Haltung der Gesprächsbereitschaft, mit dem Ziel, sich sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, stellt die EBCA dieses Papier der Öffentlichkeit vor und diskutiert es mit den KandidatInnen für die Wahlen zum Europa-Parlament im Mai 2019 im Sinne einer aktiven Zusammenarbeit im Dienste unserer Gesellschaften und der Europäischen Union.

Die konkreten Forderungen, die sich aus diesen Überlegungen ableiten sind in voller Länge auf folgender Website nachzulesen:

<http://mtceurope.org/de/was-wir-tun/news-from-europe-4/285-ebca-erklarung-zu-den-europawahlen-23-26-mai-2019.html>

► Ökologisierung des Steuersystems in ihren Parteiprogrammen verankert haben. Es geht mittlerweile weniger darum, gut ausgeklügelte Modelle zu entwickeln, als darum, politischen Willen zur Umsetzung zu bilden.

Zwei Ideen, wie wir weiterkommen könnten: Regierungs- und Oppositionsparteien könnten beim Klimaschutz eine parteiübergreifende Zusammenarbeit starten. Konsenspunkte könnten über alle Parteigrenzen hinweg ausgearbeitet werden, wobei eine unabhängige ExpertInnenkommission unter Einbindung des Parlaments Vorschläge für eine öko-soziale Steuerreform ausarbeitet. Diese Reformen werden dann im Konsens über alle Parteigrenzen hinweg eingeleitet. Gewinnen würden mit so einem Vorgehen zwar nicht einzelne Parteien, aber die Glaubwürdigkeit der

Politik insgesamt. Vor allem jene Parteien sollten Interesse an einem solchen Vorgehen haben, die überzeugt sind, sich in einer konstruktiv geführten Debatte hervor tun zu können.

BürgerInnen am Wort

Eine zweite Möglichkeit ist, die BürgerInnen gar nicht erst mit einem fertigen Modell zu konfrontieren. Am Anfang könnte eine breit angelegte Diskussion mit der Bevölkerung stehen und die Frage, was für ein Steuersystem wir in Österreich überhaupt wollen. Immerhin sollten jahrhundertlang gewachsene Strukturen von Zeit zu Zeit auch hinterfragt werden. Wollen wir dieses Steuersystem beibehalten, das den Faktor Arbeit hoch belastet, was dem Leistungsgedanken ja diametral widerspricht? Wollen wir, dass umwelt-

schädliches Verhalten weiter belohnt wird? In einer breit angelegten Diskussion kann darüber entschieden werden, was als gerecht, ökologisch und sozial empfunden wird und in welche Richtung das Steuersystem reformiert werden soll. Am Ende des Diskussionsprozesses könnte eine Volksabstimmung über die Ergebnisse stehen. In beiden Fällen würde keine PolitikerIn die alleinige Verantwortung tragen. Es bräuchte aber trotzdem jemanden, der mutig genug ist, eine Diskussion mit diesen Grundfragen anzustoßen. Gesellschaft und Demokratie in Österreich würden gestärkt hervorgehen. Zugegeben, wir sind davon derzeit weit entfernt. Aber wir sollten die Möglichkeiten, die wir haben, auch nicht unterschätzen.

Petition „Menschen vor Profite“



KABÖ unterstützt die Forderung nach Regeln für Konzerne weltweit. Zwischenstaatliche Handels- und Investitionsabkommen erleichtern Konzernen den Zugang zu Märkten und Rohstoffen und räumen ihnen mit einklagbaren Rechten besondere Privilegien ein.

Für den Schutz der Menschenrechte bei weltweiten Unternehmensaktivitäten gibt es hingegen nur freiwillige Leitprinzipien, deren Anerkennung den Staaten wie global agierenden Unternehmen derzeit bloß „empfohlen“ wird. Bei Verstößen haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung und Wiedergutmachung - die Unter-

nehmen bleiben straflos. Das muss sich ändern. Menschenrechte müssen effektiv geschützt werden. Dafür braucht es ein verbindliches Abkommen, in dem die Weltgemeinschaft Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichtet.

Mehr als 150 NGOs aus ganz Europa haben daher Ende Jänner unter dem

Titel „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne“ eine Petition gestartet. Die Katholische Arbeitnehmer Bewegung Österreich unterstützt diese Initiative.

Downloaden und unterschreiben kann man die Petition unter: www.nesove.at/petition

KAB auf Donnerstagsdemos

Beteiligung an diversen Diözesen



... in St. Pölten

Mit Margarete Bliem, KAB St. Pölten, war am 14. Februar auch Kaplan Franz Sieder, ehemaliger Betriebsseelsorger in Amstetten, bei der Donnerstagsdemo der „St. Pöltner Gutmenschen für Toleranz, Menschlichkeit und Solidarität“ unterwegs. Aus der Rede Sieders zum Thema „Liebe“: „Liebe heißt nicht nur, seid lieb und gut zueinander. Liebe ist Kampf – ist Kampf für eine gerechtere Welt ... Gerechtigkeit ist in Strukturen gegossene Liebe. Es ist zu wenig, die Wunden zu verbinden, wir brauchen Räuberbekämpfung. Der Haupträuber ist heute das kapitalistische Wirtschaftssystem ...“

... und Linz

KAB und Betriebsseelsorge Linz sind seit Beginn der Linzer Donnerstagsdemos mit dabei. Seit Dezember 2018 organisieren sie jeweils im Vorfeld der Demos ein „politisches Gebet“.

Im Bild unter anderem die neue KABÖ-Bundesvorsitzende Anna Wall-Strasser. **FOTOS:** KAB

OFFENLEGUNG

Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981) **Medieninhaberin (Verlegerin):** Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Geschäftsführung:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Vorstand:** Mag. Heinz Mittermayr, Monika Schwarz **Grundlegende Richtlinien des Mediums:** Religiöse, soziale und kulturelle Information von ArbeitnehmerInnen

Shaping the future of work

Ein glaubensbasierter Beitrag zur Jubiläumsinitiative der ILO VON: FRITZ KRULL

Kaum ein Platz im Konferenzzentrum des europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel blieb leer. Mehr als 200 TeilnehmerInnen aus Europa verfolgten am 27. November 2018 bei einer Veranstaltung der ILO, der Internationalen

paratarbeiten und neue Projekte im Inland zur Verfügung. Auch gelingt es nur sehr schwer, eine neue Arbeitsmoral zu entwickeln, denn vielerorts leben die Menschen nach wie vor mit der unter der kommunistischen Diktatur herrschenden Prämisse: „Wir tun so, als ob

lichung – bringen wird. Der Ruf nach einer neuen Arbeitsethik und deren Umsetzung muss immer lauter werden, denn der Mensch darf nicht einfach als „Rohstoff“ gehandelt, sondern muss vorrangig und immer wieder als Quelle für Würde und Entfaltung gese-



Die KABÖ-Delegation im Brüsseler Konferenzzentrum: Johannes Labner, Fritz Krull und Bruno Holzhammer (v.l.n.r.) **FOTO: KABÖ/LABNER**

Arbeitsorganisation, zum Thema „Die Zukunft der Arbeit gestalten“ die reichhaltigen und interessanten Beiträge der ReferentInnen aus unterschiedlichen christlichen Konfessionen, dem Judentum und Islam sowie dem öffentlichen Leben und vieler Institutionen, die sich mit dem Thema „Menschen in der Arbeitswelt“ auseinandersetzen. Es würde den Umfang dieses Berichtes sprengen, sämtliche Referate auch nur in Kurzform wiederzugeben, zwei sollen aber aufgrund ihrer Aktualität hier ihren Niederschlag finden.

Radu Preda, Professor für orthodoxe Sozialtheologie in Rumänien berichtet: Mit dem Beitritt seines Landes zur EU im Jahr 2007 verlor Rumänien infolge Auswanderung 3 bis 5 Millionen Menschen - unter anderem teilweise gut ausgebildete, Fachkräfte - in westliche EU Länder, vor allem nach Deutschland. Mehr als 1 Million Kinder wurden zurückgelassen, diese befinden sich meist in der Obhut ihrer Großeltern bzw. Verwandten. Relativ wenige Fachkräfte stehen für erforderliche Re-

wir arbeiten, und der Staat tut so, als ob er alles finanziert“.

Modernes Sklaventum

Sarah Prenger, Präsidentin der Internationalen Christlichen ArbeiterInnenjugend (I-CAJ), sprach mit klaren Worten von dem Dilemma, dem junge, arbeitssuchende Menschen heute ausgesetzt sind: Vielfach nur prekäre Arbeitsplatzangebote, meist nur Kurzverträge, Ein-Tagesverträge, Null-Stundenverträge (Arbeit auf Abruf) gleichen einem modernen Sklaventum. Die zunehmende Anzahl von Ich-AGs täuscht eine Scheinselbständigkeit vor, gepaart mit einer fast nicht zu bewältigenden absoluten Verantwortungsübernahme.

Ruf nach neuer Arbeitsethik

Grundsätzlich war ein Konsens unter den ReferentInnen und den zahlreichen DiskussionsteilnehmerInnen feststellbar: Wir wissen alle nicht, was die Zukunft – vor allem vor dem Hintergrund von Industrie 4.0, Digitalisierung und zunehmender Entmensch-

hen werden. Nur so kann es Perspektiven für die Zukunft geben. Wir als ChristInnen sind eingeladen und aufgefordert, Hoffnung zu bringen und Zeugnis für die Zukunft einer „Guten Arbeit“ abzulegen.

INFO

Internationale Arbeitsorganisation – IAO

Die IAO (englisch ILO, „International Labour Organisation“) begann ihre Tätigkeit vor 100 Jahren am 11.4.1919 auf der Friedenskonferenz in Versailles. Sie war ursprünglich eine ständige Einrichtung des Völkerbundes mit dem Ziel der Sicherung des Weltfriedens auf Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Heute ist sie eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf und damit beauftragt, soziale Gerechtigkeit, und dabei vor allem Menschen- und Arbeitsrechte zu befördern. Dies schließt die Bekämpfung des Menschenhandels mit ein.

Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Arbeitsorganisation

Auf den Spuren von Kardinal Josef Cardijn VON: FRITZ KRULL

Es war für mich persönlich wichtig, im Zusammenhang der ILO Konferenz „Die Zukunft der Arbeit gestalten“ auch die Gedenkstätte vom Gründer der KAB, Kardinal Josef Cardijn zu besuchen. Seine Grabstätte befindet sich in der Liebfrauenkirche zu Laken. Cardijn wurde hier im Juli 1967 unter Anteilnahme vieler VertreterInnen von Kirche und öffentlichem Leben, vor allem tausender junger Arbeiterinnen und Arbeiter zur letzten Ruhe begleitet. Mehrere Gedenktafeln umrahmen diesen Ort, auch eine von Papst Johannes Paul II., der anlässlich seines Pastoralbesuchs in Belgien am 19.5.1985 hier verweilte. In der Apsis dieser Mitte des 19. Jhd. im neugotischen Stil erbauten Kirche befindet sich eine Ausstellung über das Leben von Josef Cardijn.

Am Boulevard du Jubilé 124 in Brüssel befindet sich das Generalsekretariat der WBCA, der internationalen KAB. In diesem dreistöckigen Haus steht der

WBCA nur ein Raum zur Verfügung, der Rest – sicher im Sinn von Josef Cardijn – beherbergt heute ein Soziales Zentrum mit insgesamt sechs Dienstleistungseinheiten (Alphabetisierung für Erwachsene, Unterstützung von PflichtschülerInnen, Rechtsberatung, ein Sozialmarkt, ein Sozialrestaurant und eine Kinderkrippe). Geleitet wird diese Einrichtung von Samuel Haquin zusammen mit 50 freiwilligen MitarbeiterInnen.

Am Grab von Kardinal Josef Cardijn FOTO: FRITZ KRULL



10. ROMARIA

Sa. 27. April 2019:

Weg der Solidarität mit Flüchtlingen

von Schwechat bis zur großen Abschlussveranstaltung in St. Gabriel

Ehrenschutz: BP Alexander Van der Bellen;

Ehrenkomitee Kardinal Christoph Schönborn, Bischof Michael Bünker.

Komm mit einer Delegation Deiner Pfarre! Setzen wir ein starkes Zeichen für Menschlichkeit. www.facebook.com/romariawallfahrt

Discover Fairness

KAB unterwegs mit Global Action School Pottenstein

Die Schulgemeinde des PTS Pottenstein lud am 26. Februar 2019 zur Südwind-Ausstellungspräsentation „Discover Fairness“ ein. Das PTS Pottenstein ist eine Global Action School und gehört damit zu einem von Südwind NÖ betreuten Schulnetzwerk von Schulen, die sich regelmäßig zu globalen Themen engagieren. Neben dem Polytechnischen Lehrgang Pottenstein nahmen auch VertreterInnen der Gemeinde Pottenstein und der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung der Erzdiözese Wien, die das Bildungsprojekt unterstützen, an der Präsentation der Ausstellung und dem zweistündigen Workshop teil. Gemeinsam mit Jana Teynor, Südwind

Bildungsreferentin, begaben sich 25 Jugendliche des Poly auf eine besondere Reise: Ganz kohlenstoffdioxidfrei ging es von Österreich nach Bangladesch und China auf den Produktionsspuren einer Fleecejacke.

Die Outdoor-Branche inszeniert sich in der Öffentlichkeit sportlich, fair und naturbewusst, doch wie sieht die Wirklichkeit hinter der Werbefassade aus? Durch interaktive Übungen wurden in diesem Workshop die Arbeitsbedingungen in der Mode- und Sportartikelindustrie, aber auch das eigene Konsumverhalten unter die Lupe genommen. Die Meinung der Workshop-TeilnehmerInnen war eindeutig: „Fairness darf nicht allein im Sport gelten.“



SchülerInnen der Global Action School Pottenstein u. KAB-Vertreterinnen Sonja Meißl (3.v.r.) u. Maria Ungerböck (2.v.r.)

FOTO: SÜDWIND

PatInnen für Jugendliche ohne Job

Ein Projekt von KAB und „Fonds für Arbeit und Bildung“ der Steiermark

Rund 50 Personen betreuen als Paten – natürlich ehrenamtlich – Jugendliche auf ihrem oft mühsamen Weg zu einem Beruf. Das Projekt „Paten unterstützen arbeitssuchende Jugendliche“ wird vom diözesanen „Fonds für Arbeit und Bildung“ betrieben und von Mitarbeitern der KAB unterstützt. **VON: MARGARETE PITTNER, KAB-VORSTAND STEIERMARK**

Jedes Jahr werden die PatInnen zu einem „Danke-Essen“ geladen und mit Personen des öffentlichen Lebens zusammgebracht. In diesem Jahr lud Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl zu einer Besinnung in die bischöfliche Kapelle im Ordinariatsgebäude und anschließend zur Besichtigung seiner Amtsräume. Im persönlichen Gespräch bekundete er großes Interesse und

würdigte die Arbeit der PatInnen. Unter den BesucherInnen befanden sich auch KAB-Diözesanleiter Hannes Labner und seine Stellvertreterin Margarete Pittner, die seit Jahren in diesem Projekt mitarbeiten.

Bischof Krautwaschl mit PatInnen, die arbeitssuchende Jugendliche unterstützen.

FOTO: GERD NEUHOLD



BürgerInnenbeteiligung gefragt

KAB Steiermark unterwegs mit Katholischer Hochschuljugend **VON: ARNO NIESNER, KAB-VORSTAND STMK**



Großes Publikumsinteresse **FOTO: H. LABNER**

Der Bildungsreferent und Chefredakteur der Katholischen Hochschulgemeinde Graz (KHG), Florian Traussnig, eröffnet am Abend des 13. Februar die Diskussionsrunde zum Thema „Selbstermächtigung in einer offenen Gesellschaft“.

Als Gäste am Podium waren geladen Tamara Ehs (IG Demokratie), Susanne Hofer (ÖGB), Mario Matzer (AK

Stmk) und Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister. Der Saal im Haus der KHG war bis zuletzt randvoll gefüllt mit einem interessierten Publikum.

Anschließend wurde am Buffet bis tief in die Nacht weiter diskutiert. Offensichtlich gibt es einen regen Gesprächsbedarf rund um Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung, wie sie Tamara Ehs aus Vorarlberg und Irland schilderte.

EU Wahl 2019: Ökologie und Ökonomie

Podiumsdiskussion am 25. April

Wofür engagieren sich unsere EU-KandidatInnen in Brüssel? Welche Anliegen aus Wirtschaft und Umwelt sind ihnen wichtig, welche Forderungen werden sie unterstützen? Wie handeln sie im privaten Bereich?

Die europäische Idee ist der Kirche ein Anliegen und so laden die Katholische Aktion Steiermark und der diözesane Fonds für Arbeit und Bildung anlässlich der EU Wahl im Mai

2019 die steirischen KandidatInnen zu einer Podiumsdiskussion am 25. April ins Grazer Franziskanerkloster ein. Die Veranstaltung mit dem Titel „EU Wahl 2019 – Ökologie und Ökonomie

im Fokus“ bietet den WählerInnen die Möglichkeit, die KandidatInnen und ihre Standpunkte zu hören. Gleichzeitig ist die Veranstaltung aber auch eine Möglichkeit, Anliegen und Sorgen der

WählerInnen bei den eventuellen zukünftigen EU-Abgeordneten zu deponieren.

Zu Beginn wird der Dechantkirchner Pfarrer Wolfgang Fank, bekannt durch sein Engagement für Schöpfungsverantwortung und vielfacher Preisträger, u. a. des „europäischen klima-award“, eine Hinführung zum Thema geben. Die Moderation der anschließenden

Diskussion hat Kleine Zeitung - Redakteur Ernst Sittinger übernommen.

Podiumsdiskussion mit den steir. KandidatInnen zur EU-Wahl 2019.

Donnerstag, 25. April 2019

Beginn: 18.00 Uhr

Franziskanerkloster Graz, Bernhardinsaal (Eingang Albrechtgasse)

Es diskutieren:

Landtagspräsidentin Dr. Bettina Vollath,

BGM Simone Schmiedtbauer, ÖVP

Stefan Windberger, NEOS

Thomas Waitz, Die Grünen

FPÖ, angefragt

JETZT, angefragt

Moderation:

Ernst Sittinger

Für Rückfragen:

Hemma Opis-Pieber 0316/80 41 377

B. Schwarzenegger 0316/80 15 614

Weniger schön

Ein Kommentar von Hannes Labner zur Karfreitags-Regelung

Schön – die Regierung hat mit dem Aufgeben der ursprünglich vorgeschlagenen Karfreitags-Halbtags-Lösung noch „rechtzeitig die Kurve gekratzt“ und mit dem Vorschlag des „persönlichen Feiertages“ vielleicht eine Lösung präsentiert, die den zunehmend differierenden Glaubensüberzeugungen in der Bevölkerung entgegenkommt und auch den Gleichbehandlungs-Wünschen der EU-Gerichtsbarkeit entspricht...

Weniger schön ist die Tatsache, dass diese Regelung – entgegen den ursprünglichen Versprechen – sehr wohl

auch den Verlust eines freien Tages für die evangelisch Glaubenden bedeutet bzw. durch die vorgesehene Aufhebung der Bestimmungen des General-Kollektivvertrages auch entsprechende Auswirkungen auf die bisherigen Urlaubstage hat, wenn jemand dieses Recht auf einen „persönlichen Feiertag aus Glaubensgründen“ in Anspruch nimmt.

Dass diese Regelungen offenbar sehr bewusst ohne Einbeziehung von ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen ausgehandelt werden, finde ich mehr als bedenklich. Und das in einem Land, wel-

ches mit einer geliebten Sozialpartnerschaft jahrzehntelang auch im internationalen Ranking gut gefahren ist. Ist der Werbespruch „Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut“ allein ausreichend schon für den sozialen Ausgleich und Frieden im Land, wo uns mit der zunehmenden Digitalisierung und Globalisierung massive Veränderungen in der Arbeitswelt bevorstehen, die nur im Miteinander von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen human und zukunftsweisend gelöst werden können?

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Ernst Pöschl, Geistlicher Assistent der KAB-Burgenland FOTO: PRIVAT



Ein Projekt mit Geschichte

Wohngemeinschaften für berufstätige Mädchen und Lehrlinge habe ich im Jahr 1969 einzurichten begonnen. Damals musste ich die Erfahrung machen, dass Mädchen in Wien sehr schwer eine Wohnung fanden, die sie sich leisten konnten. Sie hatten oft schon einen Job und suchten verzweifelt nach einer Unterkunft. Zu diesem Zweck ließ ich Großwohnungen adaptieren und einrichten. Den Mädchen steht eine Küche, Schlafräume, Clubräume, sanitäre Einrichtungen und eine Waschmaschine zur Verfügung. Von der Diözese Eisenstadt wurde eine Sekretärin angestellt, die für die Verwaltung der einzel-

nen Wohngemeinschaften verantwortlich ist.

Diese Wohngemeinschaften werden von den Mädchen ehrenamtlich in Selbstverwaltung geführt. Es gibt eine Leiterin, eine Stellvertreterin, ein Mädchen, das auf die Ordnung achtet, und ein Mädchen, das für Neuankömmlinge verantwortlich ist.

Die Katholische ArbeiterInnenjugend hilft in Zusammenarbeit mit dem AMS Arbeit suchenden Mädchen, die im Burgenland keine Arbeit finden. Wenn sie in Wien Vorstellungsgespräche haben, können sie bei uns in den Wohngemeinschaften auch tageweise wohnen.

BUCH-TIPP



Karl A. Immervoll,
Manuela Brandstetter (Hg.)
Auf Augenhöhe
Hilfe im kleinstädtischen
Milieu
LIT Verlag, Berlin, Münster,
Wien, Zürich, London, Reihe So-
zialpädagogik, Band 30,
ISBN 978-3-643-50874-4
192 Seiten, Preis: € 29,90

Auf Augenhöhe ist eine Zusammenschau an lokalen Themen und Erfahrungsberichten, die rund um die Arbeit von Karl Immervoll innerhalb der Waldviertler Betriebsseelsorge gelagert sind. Hilfe als Gegenstück zur Fürsorge wie auch zu Bevormundung steht im Vordergrund des Bandes. Von Karl Immervoll und seinem Schaffen angeregt, verfassen WegbegleiterInnen und (Mit-) AutorInnen Beschreibungen ihrer Wegstrecken mit ihm, denken seine Ansätze weiter und geben damit Einblicke in die Entwicklung eines besonderen Einzugsgebietes: das Obere Waldviertel und die Stadt Heidenreichstein.

Manuela Brandstetter ist Sozialarbeiterin, Soziologin und Dozentin am Studiengang Soziale Arbeit der FH Burgenland und an der Universität Wien.

Karl A. Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker. Er ist Betriebsseelsorger und (Beg-)Leiter einer Ausbildung für christliches Engagement in der Arbeitswelt.



Werner Rätz, Dagmar
Paternoga, Jörg Reiners,
Gernot Reipen (Hg.)
Digitalisierung?
Grundeinkommen!
Mandelbaum-Verlag Wien,
Februar 2019,
ISBN 978-3-854-76685-8
200 Seiten
Preis: € 14,00

Wenn der globale, digitale Kapitalismus das bedingungslose Grundeinkommen auf seine Tagesordnung setzt, dann können die emanzipatorischen Kräfte der Grundeinkommensbewegung nicht einfach zusehen. So hatten das 150 Menschen im »Frankfurter Manifest« für ein emanzipatorisches Grundeinkommen formuliert. Das Buch geht zunächst drei Fragen nach: Wie tut der Kapitalismus das, welche Akteure handeln mit welchen Interessen und wie würde die Realisierung solcher Vorschläge ins gesellschaftliche Gefüge eingreifen? Zweitens wird gefragt, was überhaupt ein emanzipatorisches bedingungsloses Grundeinkommen wäre. Schließlich wird drittens dargestellt, was genau eigentlich als »Digitalisierung« zu verstehen ist. Erschöpft diese sich in »Arbeit« oder »Industrie 4.0«? Sind die vielfach mit der Entwicklung immer leistungsfähigerer Rechner verbundenen Erwartungen eher Wunsch- oder Alpträume? Was darf man als tatsächliche Entwicklung der nächsten Jahre annehmen?

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien